Beschluß

In dem Parteiordnungsverfahren 3/1999/P

auf Antrag

des SPD-Bezirks W-E, vertr. durch die Vorsitzende

L aus S,

- Antragsteller und Berufungsgegner -

Bevollmächtigt:

Bezirksgeschäftsführer S, SPD-Bezirk W-E, O,

gegen

S aus W,

- Antragsgegner und Berufungsführer -

Beigeladen: SPD-Ortsverein F-H,

vertr. durch den Vorsitzenden

J aus W

hat die Bundesschiedskommission in ihrer Sitzung am 4. Juni 1999 in Bonn unter Mitwirkung von

Dr. Diether Posser, Vorsitzender,

Hannelore Kohl, Stellvertretende Vorsitzende,

Prof. Dr. Hans Peter Bull, Stellvertretender Vorsitzender,

beschlossen:

1. Die Berufung des Antragsgegners gegen die Entscheidung der Bezirksschiedskommission W-E vom 11.3.1999 wird zurückgewiesen.
2. Es wird festgestellt, daß S nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist.

Gründe:

I.

Der 19xx geborene Antragsgegner ist im Juni 19xx erneut in die SPD eingetreten, der er bereits von 19xx

bis 19xx angehört hatte; er hatte die Partei seinerzeit wegen „kommunaler Vorgänge“ verlassen.

Mit Entscheidung vom 11. März 1999 schloß die Bezirksschiedskommission des SPD-Bezirks W-E den Antragsgegner aus der Partei aus. Zur Begründung wurde im wesentlichen ausgeführt, daß der Antragsgegner vorsätzlich gegen die Statuten und erheblich gegen die Grundsätze der Partei verstoßen habe und dadurch schwerer Schaden für die Partei entstanden sei. Sein Verhalten erfülle damit die Voraussetzungen des § 35 Abs. 1 und 3 OrgStatut für einen Ausschluß, wie auch die Bundesschiedskommission in vergleichbaren Fällen entschieden habe. Obwohl die Wahlkreisdelegiertenkonferenz die Kandidatin I für die SPD aufgestellt habe, habe der Antragsgegner seine Kandidatur als Einzelbewerber für den Wahlkreis xy - trotz Abmahnung durch den Bezirk - aufrechterhalten; auch die Sofortmaßnahme der Anordnung des Ruhens aller Rechte aus der Mitgliedschaft habe ihn nicht zu einer Änderung seines Verhaltens bewogen. Eine Schädigung des Parteiinteresses liege schon darin, daß er gegen die SPD-Kandidatin angetreten sei. Der Wahlkampf 1998 sei von der besonderen Situation geprägt gewesen, die Regierung „Kohl“ auf jeden Fall ablösen zu wollen, wobei es auf jede Stimme angekommen sei. Jedes Mitglied habe nach § 5 OrgStatut die Pflicht, die Ziele der Sozialdemokratischen Partei zu unterstützen. Dies gelte gerade auch für die Unterstützung der SPD-Kandidaten bei wichtigen Wahlen. Bei der Bundestagswahl handele es sich nicht um eine kleine unbedeutende Wahl, sondern um eine solche mit erheblicher Außenwirkung und erheblichen Folgen für die Bundesrepublik Deutschland. Der Fall sei nicht anders zu behandeln als die Mitgliedschaft eines SPD-Mitglieds in einer anderen politischen Partei oder die Kandidatur für eine solche. Auch in Würdigung der Verdienste des Antragsgegners für die SPD habe die Entscheidung nicht anders ausfallen können. Wer nach außen dokumentiere, daß er mit der Linie der SPD nicht einverstanden sei und dies durch eigene Kandidaturen in entscheidenden Wahlkämpfen sichtbar mache, sei aus der Partei auszuschließen. Auch habe der Antragsgegner bis zum Schluß nicht erkennen lassen, sein grobes Fehlverhalten einzusehen und evtl. notwendige Konsequenzen zu ziehen.

Gegen die ihm am 26. März 1999 zugestellte Entscheidung hat der Antragsgegner mit am 8. April 1999 eingegangenen Schreiben Berufung zur Bundesschiedskommission eingelegt und mit am 22. April 1999 eingegangenem Schreiben begründet. Er macht im wesentlichen geltend, daß nach der Zulassung seines Wahlvorschlages eine Rücknahme seines Entschlusses zur Kandidatur nach den Bestimmungen des Bundeswahlgesetzes nicht zulässig sei, so daß die Partei dies von ihm auch nicht habe verlangen dürfen. Ebenso wenig habe man von ihm verlangen dürfen, jeglichen Wahlkampf gegen die SPD-Bewerberin zu unterlassen. Die besonderen Anforderungen des § 10 Abs. 4 ParteienG für einen Ausschluß, die auch die Satzung einer Partei respektieren müsse, seien in seinem Fall nicht erfüllt. Die Bewerbung um ein Bundestagsmandat als Einzelbewerber könne nicht mit der Kandidatur für eine gegnerische Partei gleichgesetzt werden. Die Bedrohung mit dem Ausschluß sei in einem solchen Fall rechtsstaatlich bedenklich, zumal die Einzelkandidatur die unterschiedlichsten Gründe haben könne. Seine Motive hätten

gewürdigt werden müssen. So hätten bereits Gerichte festgestellt, daß die Wahrnehmung des passiven Wahlrechts ein höher zu bewertendes Rechtsgut sei als das Disziplinierungsverlangen einer Partei und keinen vertretbaren Grund für einen Parteiausschluß darstelle. Keinesfalls habe er der SPD „vorsätzlich“ Schaden zufügen wollen.

Auf entsprechende Aufforderung der Bundesschiedskommission mit Fristsetzung hat der Antragsgegner mit Schreiben vom 6. Mai 1999 sein Parteibuch vorgelegt.

Er beantragt sinngemäß,

die Entscheidung der Bezirksschiedskommission des SPD-Bezirks W vom 11. März 1999 aufzuheben.

Der Antragsteller beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Er verteidigt die Entscheidung der Bezirksschiedskommission und verweist darauf, daß der Antragsgegner sich mit seiner Kandidatur gegen die mit Mehrheit zur SPD-Kandidatin für den Wahlkreis xy gewählte Genossin über den demokratischen Mehrheitswillen der Partei hinweggesetzt und erheblich die Solidarität verletzt habe. Er habe im Wahlkampf ein eigenes Flugblatt herausgegeben; durch mehrere Veröffentlichungen in der Lokalpresse sei einer breiten Öffentlichkeit klar geworden, daß der Antragsgegner SPD-Mitglied sei und bewußt gegen die offizielle Kandidatin der SPD antrete. Der schwere Schaden für die Partei liege darin, daß ihre Glaubwürdigkeit beeinträchtigt worden sei. Die an den Antragsgegner gerichteten Aufforderungen und die Sofortmaßnahme seien ohne Resonanz geblieben. Der Antragsgegner habe bewußt in Kauf genommen, daß die SPD-Kandidatin den Wahlkreis verliere. Mit seiner Kandidatur habe er dokumentiert, daß ihm sein privates Anliegen wichtiger sei als der politische Wille der Mitglieder und die Ziele der sozialdemokratischen Partei. Das Verfahren habe für künftige Fälle exemplarischen Charakter.

Der Vorsitzende des beigeladenen Ortsvereins hat, ohne einen ausdrücklichen Antrag zu stellen, Ausführungen zur Person des Antragsgegners gemacht und mitgeteilt, daß er persönlich den endgültigen Ausschluß bedauern würde, ihn aus Gründen der Parteiraision aber verstehen könnte.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen, die Gegenstand der Beratung waren.

II.

Die Bundesschiedskommission entscheidet entsprechend einem von ihr zu § 27 Abs. 2 Satz 2 SchiedsO

gefaßten Grundsatzbeschluß im schriftlichen Verfahren, nachdem der vorliegendem Verfahren zugrundeliegende Sachverhalt unstreitig ist und die Beteiligten im wesentlichen über dessen (parteiordnungs)rechtliche Wertung streiten.

Die zulässige Berufung ist nicht begründet.

1. Nicht nur die Frist zur Einlegung, sondern auch die zur Begründung der Berufung ist gewahrt. Sie beträgt nach der ständigen Praxis der Bundesschiedskommission insgesamt vier Wochen von der Zustellung der Entscheidung an.

Zwar ist innerhalb dieser Frist das Parteibuch des Antragsgegners entgegen § 26 Abs. 3 Satz 2 i. V.m. § 25 Abs. 2 Satz 2 SchiedsO nicht vorgelegt worden; es ist vielmehr erst auf Anforderung der Bundesschiedskommission eingegangen. Da jedoch die Rechtsmittelbelehrung der Bezirksschiedskommission keinen Hinweis auf dieses Erfordernis enthielt und damit unvollständig war, konnte sie nach der ständigen Rechtsprechung der Bundesschiedskommission in entsprechender Anwendung der einschlägigen Vorschriften der Verfahrensordnungen der staatlichen Gerichte diese Frist nicht wirksam in Gang setzen.

2. Die Berufung hat keinen Erfolg. Auch nach Auffassung der Bundesschiedskommission war der Antragsgegner nach § 35 Abs. 2 Nr. 4 i.V.m. § 35 Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 4 OrgStatut aus der Sozialdemokratischen Partei auszuschließen, weil er erheblich gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen hat und dadurch schwerer Schaden für die Partei entstanden ist. Diese Maßnahme steht entgegen der Auffassung des Antragsgegners auch mit dem Parteiengesetz (§10 Abs. 4) in Einklang, das eine solche Maßnahme unter bestimmten Voraussetzungen, die die SPD in § 35 Abs. 3 in ihr Organisationsstatut übernommen hat, ausdrücklich zuläßt.

Die Bundesschiedskommission kann zunächst - um unnötige Wiederholungen zu vermeiden - im wesentlichen auf die Ausführungen der Bezirksschiedskommission Bezug nehmen.

Der entscheidende Vorwurf, der dem Antragsgegner zu machen ist, ist allerdings nicht - wie die Entscheidung der Bezirksschiedskommission in einigen Passagen verstanden werden könnte -, der Umstand, daß der Antragsgegner an seiner Kandidatur als Einzelkandidat bis zuletzt festgehalten hat. Hier ist dem Antragsgegner einzuräumen, daß nach den staatlichen Wahlrechtsvorschriften ein Verzicht auf eine Kandidatur ab einem bestimmten Zeitpunkt rechtlich gar nicht mehr möglich ist, so daß mit einer solchen Forderung von ihm etwas rechtlich Unmögliches verlangt würde.

Der entscheidende Umstand, der den erheblichen Verstoß gegen den die Arbeit der Partei in besonderer Weise prägenden Grundsatz der Solidarität darstellt und den Vorwurf parteischädlichen Verhaltens begründet, ist, daß sich der Antragsgegner gar nicht erst durch eine eigene Kandidatur der innerparteilichen Willensbildung durch das maßgebende Gremium der Wahlkreis-konferenz gestellt hat, sondern als Einzelbewerber im Wahlkreis xy angetreten ist. Nach § 5 OrgStatut hat jedes Mitglied das Recht - aber eben auch die Pflicht - sich im Rahmen der Statuten an der politischen Willensbildung, den Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen und die Ziele der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu unterstützen. Damit ist zugleich der Gedanke der Unvereinbarkeit anerkannt, der dann in § 6 als Konsequenz aus der Tätigkeit, Kandidatur oder Unterschriftsleistung für eine andere politische Partei gezogen wird.

Der Antragsgegner hat im Wahlkampf ausdrücklich auch auf seine SPD-Mitgliedschaft hingewiesen. Mit seinem Verhalten hat er die Chancen der für die SPD aufgrund des innerparteilichen Willensbildungsprozesses als Kandidatin aufgestellten Genossin geschmälert, denn jede Stimme für den Antragsgegner - und gerade die Stimmen solcher Wähler, die den Gedanken der Sozialdemokratie nahestehen - wurde der SPD-Kandidatin entzogen. Angesichts des Wahlverfahrens bei der Bundestagswahl, bei der zwei Stimmen vergeben werden (für die Wahlkreisbewerber und die Liste) kann der Frage, ob Wahlkreise direkt gewonnen werden, wegen der Möglichkeit von sog. „Überhangmandaten“ durchaus maßgebliche Bedeutung zukommen, so daß es auch auf jede einzelne „Erststimme“ ankommt. Die Partei muß hierzu -und dazu wäre sie auch gar nicht in der Lage - nicht etwa im einzelnen nachweisen, wieviel Stimmen ihr durch das Verhalten des Antragsgegners entgehen könnten. Erst recht ist keine Betrachtung „ex post“ erlaubt. Selbst wenn die Intention, gegen die offizielle Kandidatin der eigenen Partei zu kandidieren, bei einem Einzelbewerber in dessen Innern weniger ausgeprägt sein sollte und er nach seinem eigenen subjektiven Verständnis eher gegen die sonstigen Kandidaten antritt, nimmt er somit in Kauf, die Wahlchancen des Bewerbers aus der eigenen Partei zu beeinträchtigen. Hierin liegt - neben dem Umstand, daß die Partei damit in der Öffentlichkeit ein Bild der Zerrissenheit bietet - der schwere Schaden, wie die Bundesschiedskommission im Laufe ihrer Rechtsprechung schon mehrfach festgestellt hat. Der Antragsgegner konnte und mußte sich entscheiden, ob er seine politischen Vorstellungen innerhalb der SPD - dann aber unter Anerkennung der satzungsmäßigen Vorgaben und der daraus geforderten Verhaltensweisen - verwirklichen wollte oder außerhalb der Partei als einzelner.

Im Fall des Antragsgegners vermag die Bundesschiedskommission auch keine besonderen Umstände zu erkennen, die es trotz der Schwere des Vorwurfs ganz ausnahmsweise als hinnehmbar erscheinen lassen könnten, von der Verhängung der schwersten Sanktion abzusehen (vgl. hierzu Entscheidung vom

14.11.1995, 6/1995/P). Gerade weil es sich bei dem Antragsgegner um ein langjähriges, nach Mitteilung des Ortsvereinsvorsitzenden früher durchaus aktives Mitglied der Partei handelt, mußte ihm bewußt sein, welche Folgen sein Verhalten haben könnte. Auch die persönliche Situation des Antragsgegners, auf die der Ortsvereinsvorsitzende ebenfalls hingewiesen hat, kann seine Schuld nicht entfallen lassen.

Nach alledem verbleibt es bei dem Ausschluß.

Dr. Diether Posser